

Es gilt das gesprochene Wort!

**Annelie Buntenbach**

Geschäftsführender Bundesvorstand  
des Deutschen Gewerkschaftsbundes

**Parlamentarischer Abend**

**„Faire Mobilität – Gerechte Löhne und gute Arbeitsbedingungen in  
Europa und auf dem deutschen Arbeitsmarkt“**

Berlin, 26. April 2018

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Dr. Schmachtenberg, sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Projektes Faire Mobilität, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ich möchte Sie im Namen des DGB-Bundesvorstandes herzlich willkommen heißen zu unserem Parlamentarischen Abend zum Thema „Faire Mobilität – Gerechte Löhne und gute Arbeitsbedingungen in Europa und auf dem deutschen Arbeitsmarkt.“

Ich freue mich sehr, dass Sie heute gekommen sind, um sich informieren zu lassen und um gemeinsam mit uns darüber zu diskutieren, wie Arbeitsmobilität in Europa so gestaltet werden kann, dass in Deutschland tätige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Mittel- und Osteuropa aber auch aus anderen europäischen Staaten nicht in ausbeuterische Beschäftigungsverhältnisse abgedrängt werden.

Oft genug nutzen dubiose Vermittlungsagenturen und auch hiesige Arbeitgeber die schwache Position von Menschen, die zu uns kommen, aus, und benutzen bestimmte Geschäftsmodelle um Lohndumping zu betreiben oder sich Vorteile gegenüber Konkurrenten durch die Umgehung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen zu verschaffen. Die Leidtragenden sind in aller Regel die Kolleginnen und Kollegen, die aus dem Ausland zu uns kommen. Entsprechende Praktiken findet sich nicht nur in der Fleischindustrie oder im Baugewerbe, sondern auch in der Gebäudereinigung, der Pflege, im internationalen Straßentransport oder in bestimmten Kernbereichen der industriellen Produktion, wie der Automobilzuliefererindustrie.

Uns geht es mit dem Projekt Faire Mobilität in erster Linie um die Unterstützung derjenigen, die auf dem Arbeitsmarkt in einer schwachen Position sind, die oft die Sprache nur unzureichend beherrschen, ihre Rechte nicht kennen und oft nicht organisiert sind. Wir wollen, dass diejenigen, die zu uns kommen zumindest nach den Mindeststandards behandelt und entlohnt werden. Denn das nimmt den Druck aus der Konkurrenzsituation und hilft nicht nur denjenigen, die kommen, sondern auch denjenigen, die schon hier sind.

[Anrede]

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist ein hohes Gut, das wir, die Gewerkschaften, unterstützen und verteidigen. Gerade heute, wo die offenen Grenzen Europas und mit ihnen die Arbeitnehmerfreizügigkeit wieder vermehrt in Frage gestellt werden, gehört zu dieser Verteidigung, dass wir auf dem Arbeitsmarkt Regeln brauchen, deren Einführung und Durchsetzung dabei helfen, Praktiken von Lohn- und Sozialdumping zu verhindern. Europa muss als etwas Positives erlebbar sein – auch und gerade – auf dem Arbeitsmarkt. Wenn uns das besser gelingt, dann können wir auch die Akzeptanz für Europa wieder stärken.

Wir haben das Projekt Faire Mobilität gemeinsam mit dem BMAS im November 2011 gestartet. Inzwischen sind im Rahmen dieses Projektes in Kiel, Oldenburg, Berlin, Frankfurt/Main, Stuttgart, Mannheim, Dortmund und München Beratungsstellen eingerichtet worden, an die sich Beschäftigte aus mittel- und osteuropäischen Ländern in ihren Muttersprachen wenden können, wenn sie arbeitsrechtliche Probleme haben. Dafür müssen diese Beschäftigten im Übrigen keine Gewerkschaftsmitglieder sein.

Faire Mobilität ist erfolgreich. Die Anzahl der Ratsuchenden - vor allem von Menschen aus Polen, Bulgarien, Rumänien und Ungarn – hat stetig zugenommen. Allein im Jahr 2017 wurden in den acht Stellen über sechseinhalb-tausend Personen beraten. Dazu kamen weitere rund siebeneinhalb-tausend Menschen, die über Beratungsveranstaltungen erreicht werden konnten, bei denen diese Beschäftigten in ihren Herkunftssprachen über ihre Rechte auf dem Arbeitsmarkt informiert worden sind.

Aber es sind nicht nur die bloßen Fallzahlen und die Anzahl der erreichten Personen, die den Erfolg des Projektes ausmachen. In einigen Fällen ist es uns zudem gelungen, Unternehmen, die Lohndumping zum Geschäftsmodell gemacht haben, in die Schranken zu weisen. Außerdem ist es ein wesentlicher Verdienst - nicht zuletzt von Faire Mobilität -, aber auch von anderen über die Länder finanzierten Beratungsstellen, die in diesem Bereich tätig sind, dass das Thema „extreme Arbeitsausbeutung auf dem deutschen Arbeitsmarkt“ stärker in den Fokus der öffentlichen Diskussion gerückt werden konnte.

[Anrede]

Bei Faire Mobilität geht es nicht allein um die Beratung, sondern auch darum, Betriebs- und Personalräte sowie andere betriebliche Akteure über die Situation von grenzüberschreitend Beschäftigten zu informieren und sie zu motivieren, sich für die Durchsetzung der Rechte dieser Kolleginnen und Kollegen einzusetzen. Deshalb haben wir Schulungs- und Bildungsmaterial für die verschiedenen Branchen erstellt und führen selbst arbeits- und sozialrechtliche Seminare durch.

Ein weiterer Schwerpunkt des Projektes, auf den ich kurz hinweisen möchte, ist die Prävention. Wir wollen erreichen, dass Menschen über ihre Rechte auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland informiert sind, möglichst bevor sie hier ankommen und irgendwelche dubiosen Verträge unterschrieben haben. Dazu haben wir u.a. die Broschüre „Wissen-ist-Schutz“ entwickelt, die inzwischen in 9 Sprachen übersetzt und in einer Auflage von fast 200.000 Stück gedruckt worden ist. Außerdem verbreiten wir Informationen über eine international abrufbare Webseite und über soziale Netzwerke. Und – wo es möglich ist – bitten wir unsere Kooperationspartner direkt in den Herkunftsländern Broschüren und andere Infomaterialien an Menschen zu verteilen, die sich auf den Weg nach Deutschland machen.

Zudem haben viele Fälle, mit denen es die Beraterinnen und Berater zu tun haben, einen grenzüberschreitenden Charakter. Häufig entsteht daraus die Notwendigkeit in den Herkunftsländern mit Behörden, anderen Institutionen und Gewerkschaften zusammenzuarbeiten. Die mittlerweile siebenjährige Praxis von Faire Mobilität hat ein internationales Netzwerk entstehen lassen. Internationale Solidarität mit Beschäftigten aus unterschiedlichen Ländern, wird hier, in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, in der täglichen Praxis ausgeübt und weiterentwickelt. Nicht zuletzt aus dieser Praxis ist ein zusätzliches EU-gefördertes Projekt zur Unterstützung von aus Kroatien, Bulgarien und Slowenien nach Deutschland entsandten Beschäftigten entstanden. Ich glaube, wir werden später dazu noch mehr erfahren.

[Anrede]

„Faire Mobilität“ wird aus öffentlichen Mitteln und aus Mitteln des DGB-Bundesvorstandes finanziert. Ungefähr 60 Prozent der Mittel kommen vom BMAS. Seit 2016 ist zusätzlich das Bundeswirtschaftsministerium in die

Finanzierung eingestiegen, dessen Förderung dazu dient die Beratungsaktivitäten für Werkvertragsbeschäftigte in der Fleischindustrie deutlich zu intensivieren. Ungefähr 15 Prozent der notwendigen Gelder fügen die Gewerkschaften über den DGB-Bundesvorstand dazu. Zurzeit verfügt Faire Mobilität über eine Gesamtfinanzierung bis Ende des laufenden Jahres. Und wir beginnen mit dem BMAS in Kürze die Gespräche über eine weitere Förderung des Projektes, die – wenn irgend möglich – über eine einjährige Förderperiode hinausgehen sollte. Wir sind zudem bemüht das Wirtschaftsministerium davon zu überzeugen, die Förderung für den Bereich der Fleischindustrie weiter aufrecht zu erhalten. Ein kurzer Blick auf die Zustände in diesem Bereich – und dazu werden Sie heute Abend Gelegenheit haben – genügt, um zu sehen, dass es auch in dieser Branche – obwohl es einige Verbesserungen gegeben hat - noch viel zu tun gibt.

[Anrede]

Ich habe vorhin schon erwähnt, dass neben dem Projekt Faire Mobilität, das mit seinen 8 Beratungsstellen einen bundesweiten Zusammenhang bildet, auf der Ebene der Länder, ebenfalls Beratungsstellen entstanden sind, die einen mit Faire Mobilität vergleichbaren Ansatz verfolgen. Außer in Mecklenburg-Vorpommern und in Bayern, verfügt inzwischen jedes Bundesland über eine solche landesfinanzierte Beratungsstelle. In Mecklenburg-Vorpommern ist nach meinen Informationen eine Beratungsstelle im Entstehen, in Bayern muss man mal sehen, wie sich das noch entwickelt....

Ich bin sehr froh darüber, dass in den vergangenen beiden Jahren vielen Bundesländern die Einsicht in die Notwendigkeit eigene Anstrengungen bei der Arbeitnehmerberatung in diesem Bereich zu unternehmen, deutlich gewachsen ist.

Gleichzeitig ist klar: Der Beratungsbedarf ist alleine mit über die Länder finanzierten Beratungsstellen nicht abzudecken. Vielmehr stoßen diese Beratungsstellen schnell an strukturelle Grenzen.

Dies hat im Wesentlichen **drei Gründe**:

**Erstens:** Es können bei den einzelnen über Länder finanzierten Beratungsstellen nicht alle inhaltlichen Kompetenzen und notwendigen Sprachen vorgehalten werden. In bestimmten Fällen und für bestimmte Aktionen, bspw. vor größeren Betrieben, muss es die Möglichkeit geben, Unterstützung aus anderen Ländern oder von Faire Mobilität dazuzubekommen.

**Zweitens:** Unternehmen, zu deren Geschäftsgebaren das Unterbieten ihrer Konkurrenten durch Lohndumping gehört, machen nicht an Ländergrenzen halt. Sie bieten ihre Dienste häufig in mehreren Bundesländern an. Eine Beratung über die Ländergrenzen hinweg ist derzeit schon aus haushalterischen Gründen häufig problematisch und in einigen Fällen sogar ausgeschlossen.

**Drittens:** Eine bundesweite Koordinierung von Fortbildungen für Beraterinnen und Berater – so wie sie von Faire Mobilität schon angeboten wird - sowie eine zentrale Entwicklung von Informationsmaterialien in verschiedenen Sprachen, ist weitaus effizienter und kostensparender als alles parallel in den einzelnen Bundesländern vorzuhalten und entwickeln zu wollen.

Ich möchte nicht falsch verstanden werde: Ich bin froh über jede Beratungsstelle, die in den vergangenen Jahren auf Ebene der Länder eingerichtet worden ist. Ich bin aber auch froh, dass wir mit Faire Mobilität eine bundesweit aktive Struktur haben, die an acht Standorten ebenfalls Beratung anbietet, die Länderstrukturen dort verstärkt und gleichzeitig über die Grenzen der Bundesländer hinweg Angebote formulieren und Aktionen koordinieren kann.

Wir haben praktisch eine von unten gewachsene Bund-Länder-Struktur, die – soweit ich das beurteilen kann – gut funktioniert und gute Ergebnisse hervorbringt. Damit sollten wir sorgsam umgehen, wenn es um die Frage der Weiterentwicklung des bestehenden Strukturen geht.

[Anrede]

Lieber Rolf Schmachtenberg, jetzt freue ich mich auf Ihren Beitrag, anschließend folgt eine Diskussion mit mehreren Beraterinnen und Beratern von Faire Mobilität. Ich wünsche Euch und Ihnen allen einen interessanten Abend.

Vielen Dank!